



Schwarz-Grüner kommunaler Kooperationsvertragsentwurf für die NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf vom 6. Januar 2021

Ein Kommentar

Jürgen Büssow

14. Januar 2021





Zunächst einmal darf man feststellen, dass sich die wichtigsten Parteien im Rat der Stadt Düsseldorf, CDU, Grüne, SPD und FDP in ihren Programmen zur Kommunalwahl 2020 und auch im Entwurf für eine schwarz-grüne Stadt-Koalition, eindeutig für den Erhalt von liberaler Offenheit, Herkunftsvielfalt und sozialer Verantwortung gegenüber einkommensschwächeren Menschen in Düsseldorf aussprechen. Sie nehmen Stellung gegen Antisemitismus, Migrationsaversion sowie rechtsextremistischen Tendenzen in der Gesellschaft.¹

Die kommunalpolitischen Themen und Schwerpunkte von den hier genannten Parteien sind weitgehend dieselben. Sie spiegeln eben die Lebensverhältnisse der in der Landeshauptstadt lebenden Menschen wider. Je nach politischer Farbe werden die Schwerpunkte Mobilität, Klima und Umwelt, Wirtschaft, Digitalisierung, Ordnung und Sicherheit, Wohnen, Stadtplanung, Schulische Bildung, Familien, Kinder und Jugendliche, Bürger:innen-Beteiligung und Transparenz, Finanzen und Stadtverwaltung, (Inhaltsverzeichnis des Koalitionsvertragsentwurf von Schwarz-Grün) akzentuiert.

Vergleicht man die originären Programme der genannten Kommunalparteien miteinander, kommt man zu dem Ergebnis, dass sie alle miteinander koalitionsfähig wären, oder mit anderen Worten: Sie bewegen sich alle im Mainstream der wahrgenommenen Herausforderungen. So wäre die Wohnungspolitik im Bündnis mit der FDP in Düsseldorf wahrscheinlich vielversprechender, wenn man sich an die Forderung der FDP-Vorsitzenden Strack-Zimmermann im Wahlkampf erinnert, 100 Millionen Euro im städtischen Haushalt einzustellen, um in den nächsten 6 Jahren 5000 Wohnungen auf städtischen Grundstücken zu bauen. Von einem solchen Impuls war auf grüner Seite nichts zu erkennen. Eine andere Frage ist, mit welcher Kraft und mit welchem Durchsetzungswillen die aufgeschriebenen Ziele angepackt werden und welche Ziele prioritär sind.

Das berührt vor allem das Politikverständnis der CDU.

Der Artikel von Bernd Ulrich in „Die Zeit“, Nr.2, 7. Januar 2021, S. 5 erklärt vieles und passt auch auf die lokale CDU:

In der CDU sammeln sich vorzugsweise Menschen, die mit den Verhältnissen im Großen und Ganzen zufrieden sind, die hier und da etwas verbessern möchten, nur bitte nicht zu viel. Die CDU ist die Partei der Etablierten und Zufriedenen.

....

SPD und Grüne haben ein Programm, sie haben sogar hehre Ziele – beide plagt ständig ein schlechtes Gewissen, weil sie beim gelegentlichen Regieren diese Ziele oft verfehlen. Derartiges kennt die CDU nicht. Die Kluft zwischen dem, was die Union will, und dem, was sie erreicht, ist per definitionem minimal, meistens ist Politik einfach das, "was hinten rauskommt" (Kohl) oder "was möglich ist" (Merkel). Das Erreichte muss sich nicht vor dem Möglichen rechtfertigen, vielmehr ist das Erreichte der Beweis, dass mehr nicht möglich war – die Macht der Tautologie.

Die CDU hat auch kein Problem damit, dass andere üblicherweise schneller sind als sie. Im Gegenteil, diese Chuzpe-Partei konnte politische Ideen von SPD oder Grünen oft jahrelang als radikal und ruinös brandmarken, um sie dann kalt lächelnd zu übernehmen und im Handumdrehen als eigenen Erfolg zu vermarkten, wie beim Mindestlohn oder beim Ausstieg aus der Atomkraft. Man muss das

¹ <https://www.spd-duesseldorf.de/nachbarn-waehlen/>
<https://www.cduduesseldorf.de/artikel/wahlprogramm>
<https://www.fdp-duesseldorf.de/startseite/aktuelles/item/fdp-wahlprogramm-zur-kommunalwahl-2020-in-duesseldorf.html>
<https://www.gruene-duesseldorf.de/kategorie/kommunalwahl-2020/wahlprogramm/>
<https://www.cdu-rhein-berg.de/koalitionsvertrag-unterschrieben>



verstehen: Die Union kann nicht zu spät kommen, nur die anderen zu früh; Konservatismus ist keine Ideologie, Konservatismus ist später. Eine gefährliche Idee der SPD wird zu einer guten eben dadurch, dass die CDU sie übernimmt. Mitte ist kein Ort, Mitte ist ein Zeitpunkt; Prävention ist Prävention; Avantgarde ist ein Irrweg, in der Nachhut liegt die Macht.²

Zornig wird die CDU nur dann, wenn sie in der Opposition ist. Dann werden Investitionen als zu teuer kritisiert, dann ist von Geldverschwendung die Rede und vom Verspielen von Standortqualitäten. Obwohl Tausende von bezahlbaren Wohnungen in Düsseldorf fehlen, macht sich die CDU, trotz extrem knapper Fläche, in ihrem Programm für den Bau von Eigenheimsiedlungen stark – auf Kosten von Stadthäusern. Das ist der politische Kompass, der die Düsseldorfer Stadt-CDU leitet und auf den sich die Düsseldorfer Grünen einlassen.

Mit Schwarz-Grün koalieren zwei ziemlich unterschiedliche Parteien. Die einen verstehen sich als Programmpartei, die anderen sehen sich als pragmatische Politikmacher, die sich noch nie durch ein „Programm“ in ihrer praktischen Politik stören ließen, wenn denn ihre Grundsätze, wenig Staat und viel Markt, nicht tangiert werden, obwohl gerade der Markt in der Klimapolitik keine positiven Impulse freigesetzt hat und ein Marktversagen gerade in der Immobilienwirtschaft in den letzten 20 Jahren festzustellen ist. So fehlen in Düsseldorf 50.000 bezahlbare Wohnungen. Der Anteil von Sozialwohnungen lag 2018 bei 4 Prozent und ist weiter rückläufig. Rund die Hälfte der Düsseldorfer Haushalte hätten Anspruch auf einen sozialen Wohnungsberechtigungsschein. Dem gegenüber stehen 15.000 Wohnungen leer. Und die Hälfte aller Haushalte zahlen mehr als 30 Prozent ihres netto verfügbaren Einkommens für die Miete.³

Von den Programmaussagen her hätten die Grünen natürlich auch mit der SPD und (selbst) mit der FDP koalieren können. Die Entscheidung, sich für die CDU zu entscheiden, wurde wohl in Hinblick auf die Bundestagswahl 2021 getroffen, und die Mehrheiten sind bequemer herzustellen. Die Grünen sehen die Chance, Wähler:innen-Stimmen von SPD und FDP abzuholen; und selbst wenn es zu Verschiebungen zwischen Grün und Schwarz kommen sollten, bliebe es beim Austausch von Stimmen in der gemeinsam gedachten Koalition. Dass dieser Ansatz funktioniert, kann man in Hessen, Baden-Württemberg und in verschiedenen Kommunen wie Münster, Köln, Essen und jetzt auch Düsseldorf sehen. Klimafreundlicher oder sozial gerechter ist es dort auch nicht geworden, aber die Grünen regieren mit.

Einige Auffälligkeiten sind aber doch erkennbar. Was allen Programmen fehlt, ist die Durchfinanzierung ihrer politischen Forderungen, was die Verbindlichkeit der Versprechungen infrage stellt. Die Rheinische Post titelte, den Slogan der beiden Koalitionäre aufnehmend, am 11. Januar begeistert: „Düsseldorf soll ‚Klimahauptstadt werden‘“.

Das Offenlassen von Prioritäten bei der Finanzierung des Koalitionsvertrages und ein fehlendes Zeit-Tableau für die angestrebten Maßnahmen ist auffallend und für die Zeitung kein Thema. Die Klimaneutralität der Stadt soll – angesichts heißer Sommer, Waldbrände, Verlust von Wasserreserven, Klimakatastrophen in Asien, Amerika und Afrika und zuletzt von Pandemien als Folge des Klimawandel – statt 2050 bereits 2035 erreicht werden. Den Beweis, dass die Ziele 2035 wirklich zu schaffen sind, muss man 2026 allerdings noch nicht antreten. Außerdem werden die Kosten der Pandemie wohl noch lange als Entschuldigung für ausgebliebene Investitionen herhalten müssen. Deswegen wäre eine inhaltliche Prioritätenliste einzufordern und darüber hinaus auch ein Zeitraster, wieviel CO₂, Feinstaub, Stickoxyde in Düsseldorf jedes Jahr eingespart werden müssten, um das große Ziel der Klimaneutralität 2035 zu erreichen.

² <https://www.zeit.de/2021/02/cdu-partei-identitaet-kanzlerkandidaten-politische-mitte/seite-3>

³ report-D, 11.01.2021, <https://www.report-d.de/Duesseldorf-Service/Bauen-Wohnen/Duesseldorf-Buendnis-fuer-bezahlbaren-Wohnraum-fordert-Kein-weiter-so-in-der-Wohnungspolitik!-138434>



Unpräzise bleibt die Umsetzung der Wohnungspolitik. Im Düsseldorfer Koalitionsvertrag von Schwarz-Grün heißt es:

„Wir schaffen und sichern bezahlbaren Wohnraum in gemischten Quartieren in einem gesunden und gut gestalteten Wohnumfeld... Wir verpflichten uns im Handlungskonzept Wohnen eine Quote von 50 Prozent für preisregulierten Wohnungsbau festzulegen“.

Werden für die Klimapolitik noch 60 Millionen Euro jährlich genannt, die man investieren möchte, wird für Wohnungspolitik keinerlei Investitionsziel vorgegeben.

Weiter heißt es im Vertrag, dass eine Quote von 20 Prozent für preisgedämpfte Wohnungen im Hochhausbau festgelegt werden **soll** (gut so). Es soll Transparenz auf dem Wohnungsmarkt hergestellt und mit den Nachbarkommunen **Regionale Wohnbauentwicklung** gefördert werden.

Es soll **Bodenvorratspolitik** betrieben werden. Die Stadt soll **Vor- und Rückkaufsrechte** zum Erwerb von Grundstücken erhalten. Dafür sollen auch Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden (wie viel?). Es sollen Baugebote und Bauverpflichtungen ausgesprochen werden usw. Der Katalog ist richtig lesenswert. Was fehlt, ist sind **konkrete Zahlen**, wie viel bezahlbare Wohnungen denn in den nächsten sechs Jahren **in der Stadt und in der Region** gebaut werden sollen.

Das Vorhaben, die **Schulen zu digitalisieren** und weiter instand zu setzen ist ambitioniert und auch richtig. Damit setzt man die Projekte der Ampelkoalition von SPD-Grünen-FDP in der Zeit von 2014 bis 2020 fort. Diese Politik reparierte mit Schulsanierungen und Schulneubauten die desaströse Schulbaupolitik von CDU und FDP mit den CDU- Oberbürgermeistern Joachim Erwin und Dirk Elbers von 2004 bis 2014, die alles daran setzten, die „Schwarze Null“ zu erreichen und zu sichern, um die Großprojekte Kö-Bogen und Werhahn-Linie finanzieren zu können.

Die Zukunftsversprechungen für die **Digitalisierung der Verwaltung** und für die Schaffung der **G5-Infrastruktur** (G6 steht übrigens schon vor der Türe) sind mehr als hinfällig. Über freies WLAN wird in der Stadt schon seit 10 Jahren diskutiert. Die notwendige Aufstockung des Personals der Stadtverwaltung, insbesondere bei der Bauverwaltung, alles das kostet Geld und scheint noch nicht durchgerechnet zu sein. Immerhin klebt Schwarz-Grün nicht an der „Schwarzen Null“. Die Koalition strebt an, innerhalb der Wahlperiode zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt zurückzukehren. Trotzdem wird die Ausgleicheung des Stadthaushaltes Richtschnur für die schwarz-grüne Koalition werden.

Im Abschnitt **Kunst und Kultur** werden verdienstvolle Ziele der Förderung der freien Kulturszene aufgeführt. Ob ein neuer „Beirat für kulturelle Bildung“ gebildet werden muss, wenn der Kultur- und Schulausschuss des Rates das Gespräch mit Künstlern und Eltern pflegen würde, sei dahingestellt. Es werden auch Räume für Kunst und Kultur gefordert. Alle etablierten Kulturinstitute werden darin aufgeführt, nur ein Konzept für temporäre Zwischennutzungen von Leerständen für die bildenden Künstler:innen, worauf diese angewiesen sind, ist nicht auffindbar. Kleine Kunstvereine, die sich abmühen, Flächen in Citylagen und Nebenzentren für temporäre Kunstausstellungen zu finden, um (jungen) Künstler:innen Öffentlichkeit für ihre Kunst zu ermöglichen, werden wieder allein gelassen. Das Düsseldorfer Bauamt verlangt für die Nutzung ehemaliger Geschäftsflächen zu Ausstellungszwecken neue Betriebsgenehmigungen, die nur mit erheblichem finanziellem Aufwand der kleinen Kunstvereine erzielt werden können. Damit wurde schon vielen Initiativen die Luft abgedreht. Das ist mehr als enttäuschend. Hier hätte man von den Grünen mehr erwarten dürfen.

Die Düsseldorfer **Gewerbsteuer**, obwohl von den nordrhein-westfälischen Großstädten eine der niedrigsten, wird nicht berührt (Beifall dafür von IHK und HWK), auf **höhere Verwaltungsgebühren** wird man sich einstellen müssen. *„Wir nutzen Steuern und Abgaben nicht, um aktuelle Ausgabenlöcher zu stopfen, sondern orientieren sie an fachpolitischen*



Zielen (beispielweise der Wettbürosteuer) oder am Verwaltungsaufwand.“ Man wird schlussfolgern dürfen, dass in diesem Fall die **Aufgabenerfüllung der Finanzlage angepasst werden wird.**

Kostenintensiv wird auch die Attraktivitätssteigerung der Mobilität in der Landeshauptstadt sein. Hier ist überhaupt kein Finanzierungsplan zu erkennen, es sei denn, er ist in den 60 Millionen für Klimainvestitionen enthalten. Die eigentlichen Kosten entstehen nicht durch den Rückbau der umstrittenen Umweltschäden, sondern durch die Finanzierung eines attraktiven Ticketpreises, um Verkehrsteilnehmer:innen zum Umsteigen zu motivieren. Die Taktverdichtung viel genutzter Straßenbahnlinien und die damit verbundenen erhöhten Personalkosten der Rheinbahn muss man noch gesondert sehen. Der VRR ist klamm und auf das Land NRW wird man nicht setzen können. Hierauf eine Antwort zu finden, wird nicht einfach sein. Davon liest man allerdings nichts im Koalitionsvertrag.

In Hinblick auf künftige Wahlen eigentlich eine gute Zeit für die Opposition. Sie kann wohl bald die Diskussion darüber eröffnen, welchen Wert Versprechungen haben, die nicht durchfinanziert sind und die nicht die gesamte Stadtbevölkerung mitnimmt, auch wenn es versprochen wird. Gleichzeitig ist es auch eine Warnung, nur dann etwas zu fordern, wenn man sagt, **wie** man es durchsetzen will.